



<https://menschen-rechte-tue.org/>



<https://planb.social>



[Spendenaufwurf 16.11.2021](#)

Spendenaufwurf Afghanistan

Wir bitten um Spenden für afghanische Familien

- die mit in Tübingen und der Region lebenden afghanischen Geflüchteten verwandt sind
- die sich in Afghanistan in Gefahr befinden, weil sie vom Taliban-Regime bedroht sind
- die sich in einer existenziellen humanitären Notlage befinden, weil sie nicht mehr arbeiten können, obdachlos sind oder sonstwie ihre Lebensgrundlagen verloren haben

Nach der Machtübernahme durch die Taliban in Afghanistan im August 2021 haben wir in knapp 60 Fällen in Tübingen und der Region lebende afghanische Flüchtlinge bei der Stellung eines Antrags zur Aufnahme ihrer in Afghanistan lebenden und in Gefahr befindlichen Angehörigen unterstützt. In Zusammenarbeit mit Bundestagsabgeordneten haben wir diese Anträge an das Auswärtige Amt weitergeleitet. Leider ist (bislang) keiner dieser Anträge positiv beschieden worden.

Die in Deutschland lebenden Geflüchteten sind nicht nur „krank vor Sorge“ um das Leben ihrer Angehörigen in Afghanistan, sondern müssen auch jeden Cent, den sie haben, nach Afghanistan schicken, weil sich die dort lebenden Angehörigen nicht mehr selbst versorgen können und deswegen von Elend, Hunger und Tod bedroht sind. Die bereits seit Langem bestehende humanitäre Katastrophe in Afghanistan wird sich über den kommenden Winter wahrscheinlich noch massiv verschlimmern.

Vor Kurzem hat die UNO ca. 1 Mrd. Euro für humanitäre Hilfe für Afghanistan bereit gestellt. Von diesem vielen Geld wird mit hoher Wahrscheinlichkeit nichts bei solchen Familien wie denen, die wir unterstützen, ankommen. Wir wollen direkte Hilfe leisten, auf der Basis persönlicher Kontakte.

Unser Ziel ist, dass wir die Familien mit bis zu 25 Euro pro Person und Monat mindestens über die Wintermonate unterstützen können. Auf unserer bisherigen Liste befinden sich ca. 400 Personen.

In Afghanistan herrscht die „schlimmste humanitäre Krise der Welt“

(David Beasley, Direktor des UN Welternährungsprogramms, taz 18.11.2021)

Deswegen:

Solidarität statt Wegschauen!

Bitte spenden Sie zu diesem Zweck auf das Konto von

menschen.rechte Tübingen e.V.

VR Bank Tübingen

IBAN: DE25 6406 1854 0308 1020 02

BIC: GENODES1STW

Verwendungszweck: Afghanistan-Hilfe

Hinweis: Spenden an den als gemeinnützig und mildtätig anerkannten Verein sind steuerlich abzugsfähig. Für Spenden bis 300 Euro reicht der Kontoauszug als Nachweis gegenüber dem Finanzamt. Wir stellen aber gerne auch für geringere Beträge eine Spendenbescheinigung aus. Bitte für eine Spendenbescheinigung die Adresse im Verwendungszweck angeben.

Mehr Informationen umseitig und auf <https://menschen-rechte-tue.org>

INFORMATIONEN allgemein:

In Afghanistan herrscht seit über 40 Jahren Krieg. Die zunächst von der Sowjetunion und danach von den USA geführten Stellvertreterkriege haben ein zuvor liberales und demokratisches Land ins Unheil gestürzt. Nachdem zunächst die Taliban gegen die Sowjets hochgerüstet wurden, wurden sie nach dem „11. September“ in einem 20-jährigen „war on terror“ mit dem Ergebnis bekämpft, dass die Taliban jetzt mächtiger als je zuvor sind. Nach dem überhasteten Abzug der internationalen Truppen im August 2021 ist dieser Krieg aber nicht etwa zu Ende, sondern es ist zu befürchten, dass die jetzt wieder herrschenden Taliban das Land noch tiefer in Krieg, Chaos und Elend führen werden. Der Krieg in Afghanistan hat Millionen von Flüchtlingen und zigtausende Tote und Verletzte unter den Soldaten und der Zivilbevölkerung verursacht und hat ein Land hinterlassen, das beim [Global Peace Index](#) und beim [Global Terrorism Index](#) als das unsicherste, gefährlichste und tödlichste Land dieser Welt geführt wird. Dieser Krieg hat ein Land hinterlassen, in der die humanitären Lebensbedingungen katastrophal und menschenunwürdig sind und das Land deswegen auf dem fünfletzten Platz des [Human Development Index](#) steht. Ein Land, in das die deutsche Bundesregierung noch am 12. August 2021 abschieben wollte.

Die Machtübernahme durch die Taliban am 15. August führte zu einer hastigen und gefährlichen Evakuierungsaktion. Doch bereits am 27. August erklärte das Auswärtige Amt das Ende der Evakuierungsflüge und dass sich Deutschland ab diesem Zeitpunkt nur noch für Personen einsetzen werde, die deutsche Staatsbürger*innen sind oder die als ehemalige sog. Ortskräfte oder als besonders schutzbedürftig klassifizierte Afghan*innen (sog. „Menschenrechtsliste“) bereits vor dem 27. August eine Aufnahmezusage hatten. Zehntausende wurden zurück und im Stich gelassen.

In dieser Zeit haben wir von der Beratungsstelle Plan.B sowie das Asylzentrum Tübingen in der Region lebende afghanische Geflüchtete in ca. 100 Fällen bei Anträgen zur Evakuierung und humanitären Aufnahme von Angehörigen beraten und in Zusammenarbeit mit Bundestagsabgeordneten an das Auswärtige Amt weitergeleitet – die meisten Anträge vor dem 27.8. Alle diese Familienangehörigen haben im Laufe der letzten 20 Jahre direkt oder indirekt mit der Bundeswehr oder anderen westlichen Truppen, mit deutschen oder internationalen Organisationen zusammengearbeitet. Alle diese Menschen fürchten die Rache der Taliban. Ihr Leben ist in ernsthafter Gefahr. Viele sind Angehörige ethnischer Minderheiten wie der Hazara, auf die Taliban und IS in den vergangenen Jahren viele Anschläge mit unzähligen Opfern verübt haben. Unter den Angehörigen sind auch viele junge Frauen, bei denen nun die Gefahr besteht, dass sie von Taliban verschleppt und zwangsverheiratet werden oder von sonstigen Menschenrechtsverletzungen betroffen sein werden. Es sind Journalist*innen und Menschenrechtsaktivist*innen dabei, die auf Feindeslisten der Taliban stehen. Doch keine*r unserer Antragsteller*innen erhielt eine Aufnahmezusage. Bei etwa 20 Anträgen erhielten die Betroffenen lapidare Textbaustein-Ablehnungsmails. Die anderen erhielten überhaupt keine Antwort. Sachstandsfragen werden nicht beantwortet.

Das Auswärtige Amt plant in den kommenden Monaten auf nicht näher bekannte Art und Weise 200 Personen pro Monat aus Afghanistan herauszuholen und in Deutschland aufzunehmen. Auf der „Menschenrechtsliste“ sollen rund 10.000 Personen stehen, von denen ca. 2.500 eine Aufnahme bekommen sollen – Details werden geheim gehalten. So haben auch unsere Antragsteller*innen die Hoffnung noch nicht ganz aufgegeben. Immerhin haben wir jetzt ja auch eine neue Bundesregierung, die andere Akzente setzen will als die bisherige. Wir sind wie Pro Asyl, Menschenrechtsorganisation und die Kirchen der Meinung, dass Deutschland eine Verantwortung für die Menschen hat, die mit der Bundeswehr, der Nato oder Nichtregierungsorganisationen zusammen gearbeitet haben oder die sich in Afghanistan für Menschenrechte, Frieden und Demokratie eingesetzt haben. Zu diesen Menschen gehören auch Angehörige von in Deutschland lebenden afghanischen Geflüchteten. Deswegen bleiben wir an einigen unserer „Fälle“ hartnäckig dran, denn bei diesen Menschen ist es nach unserer Einschätzung tatsächlich nur eine Frage der Zeit, bis ihnen etwas passiert. Und deswegen haben wir uns am 11. November in einem offenen Brief an die Fachpolitiker*innen des Landtags gewandt mit der Bitte, sich dafür einzusetzen sollen, dass sich Baden-Württemberg für ein Bundes-Aufnahmeprogramm für gefährdete afghanische Menschen stark macht und dass die „Menschenrechtsliste“ wieder geöffnet wird.

INFORMATIONEN für Spender*innen:

Die Spenden aus dieser Spendenwerbung werden primär für Lebenshaltungskosten und dabei für das dringendst Notwendige wie Essen, Kleidung, Medikamente, Wohnungs- und Heizkosten verwendet. Falls eine Familie eine Aufnahmezusage erhält, unterstützen wir auch z.B. bei Reisekosten oder Kosten für Pässe. Wir vergeben die Mittel nicht pauschal, sondern die hier lebenden Verwandten sollen/müssen Anträge stellen und wenn diese bewilligt werden die Überweisung nachweisen. Ein Teil von maximal 10 % der Spenden wird für die Organisation, Durchführung und Verwaltung der Spendenaktion verwendet. Falls mehr Spenden als gebraucht eingehen, werden diese zur weiteren Hilfe für afghanische Geflüchtete oder zu sonstigen satzungsgemäßen Zwecken verwendet. Wer uns eine E-Mail an info@menschen-rechte-tue.org schickt, wird von uns auf dem Laufenden gehalten. Die Aktion wird auch auf <https://menschen-rechte-tue.org> dokumentiert.

Hinweise

18.11.2021 Taz Die Tageszeitung: [Afghanistan nach dem Truppenabzug: Das langsame Sterben](#) sowie [„Schlimmste humanitäre Krise der Welt“](#). [In Afghanistan werden in diesem Winter viele Menschen verhungern oder erfrieren](#)

14.11.2021 [Offener Brief an die innen- und integrationspolitischen Sprecher*innen des Landtags](#)

11.11.2021 Informationsverbund Asyl und Migration: [Übersicht zu aktuellen Berichten über die Lage in Afghanistan](#)

10.9.2021 [save our families – Afghanische Geflüchtete fordern Schutz und Aufnahme für ihre Angehörigen in Afghanistan](#) Pressemitteilung und flüchtlingspolitische Forderungen

24.08.2021 [Presseinfo](#) Die Beratungsstelle Plan.B und das Asylzentrum unterstützen in der Region lebende afghanische Staatsbürger*innen bei der Stellung von Anträgen für die Aufnahme von gefährdeten und schutzbedürftigen Angehörigen

PRO ASYL 1.12.2021: [Afghanistan nach der Machtübernahme der Taliban – Handlungsbedarf der Innenminister*innen](#)

**„Hallo, guten Morgen,
ich schreibe dir wegen meiner
Familie, die sind an der Grenze zum Iran,
die Grenze ist dicht, die können dort
nicht rüber mit den Kindern. Kannst du
nochmal eine E-Mail schreiben
an das Auswärtige Amt? Ich habe Angst.
Die werden sterben auf diesem Weg.
Ich weiß nicht, was ich machen soll.“**
(Der Bruder einer in Gefahr befindlichen
Journalistin und
Menschenrechtsaktivistin)